

Rechte Szene	2
"Wahlbetrug" Die NPD befürchtet Konkurrenz durch das Linksbündnis PDS/WASG. Braune Demagogen Unter dem Slogan „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption?“ marschierten die NPD und Neonazis durch Braunschweig. Prügel für Kameraden Führender Thüringer Neonazi muss sich erneut wegen Körperverletzung verantworten.	
Grauzone	5
"Politisch eingeschüchtert" Der Verleger Ulrich Heerd wurde wegen Volksverhetzung zu 7200 Euro Geldstrafe verurteilt. Vom SDS zur NPD Bernd Rabehl ist auf dem Weg zu Horst Mahler. Der Nährboden Baden-württembergischer Verfassungsschützer plädiert für Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Positionen der „Jungen Freiheit“.	
Verfassungsschutz	7
Zulauf für Militante Mehr Neonazis und Skinheads im Südwesten Anhaltende Bedrohung Neonazis dominieren die Szene in Mecklenburg-Vorpommern.	
Ausland	8
Ideologischer Kopf Spanischer Rechtsextremist arbeitet an der internationalen Vernetzung der Szene. "Normalisierung" Die regierende bürgerliche Rechte in Frankreich scheint verstärkt auf die Wähler des Front National abzielen.	
Demokratische Initiativen	10
Abwesend oder untätig Broschüre entlarvt "Parlamentsarbeit" der DVU	
Rezension	11
Orte des NS-Terrors Ein Standardwerk über die Geschichte aller Konzentrationslager.	
Meldungen	12

Rechte Szene

"Wahlbetrug"

Die NPD befürchtet Konkurrenz durch das Linksbündnis PDS/WASG.

Zumindest verbal hat die NPD die Hoffnung noch nicht aufgegeben, bei einer vorgezogenen Bundestagswahl im September den Sprung ins Parlament zu schaffen. Am 1. Juli prognostizierte die Voigt-Truppe, die Parteienlandschaft werde sich verändern: „Im neuen Bundestag wird eine ‘Rechte’ und eine ‘Linke’ Bündnispartei vertreten sein.“ Dabei scheint das rechte Bündnis noch etwas flügelarm: Während die per „Deutschlandpakt“ mit der NPD liierte DVU hier und da bereits mit günstigen Listenplätzen bedacht worden ist, sind die „Freien Kameradschaften“ bisher – soweit die Kandidaten bereits nominiert und bekannt gegeben wurden – noch leer ausgegangen.

In Bayern tritt der NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert als Listenerster an. Mit dem DVU-Landeschef Bruno Wetzel und seinem Stellvertreter Thomas Mehnert auf den Listenplätzen 2 und 4 sind gleich zwei Funktionäre der Frey-Truppe auf vorderen Plätzen zu finden. Die beiden NPD-Landesvize Franz Salzberger und Sascha Roßmüller folgen auf den Plätzen 3 und 5. Im Saarland führt der neue NPD-Landeschef Frank Franz die Liste an.

Fünf Landtagsabgeordnete der NPD kandidieren in Sachsen auf der Landesliste für den Bundestag: Fraktionschef Holger Apfel als Spitzenkandidat, Winfried Petzold (Platz 3), Uwe Leichsenring (4), Johannes Müller (7) und Jürgen Schön (10). Hinter Apfel wählte ein außerordentlicher Landesparteitag den parteilosen „Nation&Europa“-Herausgeber Harald Neubauer, der bei seiner Nominierung offenbar auf dem Ticket der DVU fuhr, auf den zweiten Platz. Auf Platz 5 befindet sich mit Hans-Otto Weidenbach (Bremen) ein Bundesvorstandsmitglied der DVU. Auf Sachsen setzt die NPD besondere Erwartungen. Dort, so hofft sie, könnte es gelingen, Direktmandate zu holen. Drei werden benötigt, um trotz verfehlter Fünf-Prozent-Hürde in Gruppenstärke den Sprung in den Bundestag zu schaffen. Ein Kandidat, der aus Sicht der NPD dafür in Frage kommt, ist Uwe

Leichsenring. Er wurde als Direktkandidat für den Wahlkreis Sächsische Schweiz nominiert. Fraktionschef Apfel tritt im Wahlkreis Großenhain/Kamenz/Hoyerswerda an. Sein Fraktionskollege Jürgen Gansel bewirbt sich im Wahlkreis Riesa/Torgau-Oschatz/Delitzsch-Eilenburg.

Noch im Juli will die schleswig-holsteinische NPD eine Landesliste mit fünf bis sieben Kandidaten präsentieren. Als Wahlkampfleiter fungiert Ingo Stawitz. In Hamburg gilt Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der als Direktkandidat in Rostock zur Wahl steht, als voraussichtlicher Listenerster. Auf vorderen Plätzen sollen außerdem der frühere REP-Landesvorsitzende Thomas Nissen und NPD-Landeschef Ulrich Harder zu finden sein, verriet der NPD-Kreisverband Altona.

Parteichef Udo Voigt soll in einem Berliner Wahlkreis gegen PDS-Spitzenkandidat Gregor Gysi ins Rennen gehen. Im Bundestagswahlkreis Saarbrücken will Multifunktionär Peter Marx antreten. Marx sei somit der direkte Gegenkandidat zu Oskar Lafontaine, den er zu einem offenen Duell im Wahlkreis Saarbrücken herausfordere, erklärte die Saar-NPD unter Anspielung auf Lafontaines „Fremdarbeiter“-Aussage: Dabei würden „die Menschen erkennen, wer hier das Original und wer die Kopie“ sei. Marx erkläre schließlich schon „seit vielen Jahren, dass es die Fremdarbeiter sind, die unseren Männern und Frauen die Arbeitsplätze wegnehmen“.

Das Bündnis Gysi/Lafontaine mit seinen populistischen „Qualitäten“ bereitet der NPD zunehmend Sorgen. Die PDS/WASG, so die Furcht, könnten Wähler gewinnen, die ohne diese linke Alternative für die NPD gestimmt hätten. Die NPD habe „nicht vor, die Protestwähler der Linkspartei zu überlassen“, erklärte Marx nun wiederum. Während die NPD sich als Sachwalter der „deutschen Arbeitnehmer“ geriert, wirft sie Lafontaine und Gysi vor, „weiter programmatisch die Entrechtung der deutschen Arbeitnehmer durch Multikulturalismus und Globalismus“ zu betreiben. Fast scheint es, als würden PDS und WASG zum Hauptgegner der NPD im Wahlkampf werden, hält sie Gysi und Lafontaine doch vor, sie planten „offenkundig den mutmaßlich größten Wahlbetrug der deutschen Geschichte“.

Tomas Sager

Braune Demagogen

Unter dem Slogan „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption?“ marschierten die NPD und Neonazis durch Braunschweig.

Die Wut über den Neonazi-Aufmarsch war überall präsent. „Braun Schweig!“ stand auf zahlreichen gelben Schildern, die am Rande der Marschroute der NPD in der Erde steckten. Punks hatten in der Nähe des Bahnhofs eine Puppe in Springerstiefeln und Nazi-Outfit symbolisch aufgehängt und tanzten herum. Mit zahlreichen Sitzblockaden versuchten Tausende von Schülern, Studenten und Bürgern die Neonazis aufzuhalten.

Die NPD hatte für ihre Demonstration am 18. Juni mit dem Slogan „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption?“ zwar monatelang geworben, aber nur 250 Anhänger mobilisieren können. Unter der Führung des wiedergewählten Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld versuchte die Partei mit vorgeschriebenen „3 km pro Stunde“ durch die Innenstadt zu ziehen. Neben alten Kadern wie Adolf Dammann, Manfred Börm und Friedrich Preuß präsentierten sich neugewählte, jüngere Vorstandsmitglieder. Mit Bannern waren unter anderem die „NPD Stade“, „JN Schaumburg“, „Kameradschaft Salzgitter“ und die „Aktionsfront Werningerode“ aus Sachsen-Anhalt vertreten. Die meisten auswärtigen Gruppen kamen aus Nordrhein-Westfalen, dort hatten niedersächsische Neonazis eifrig deren Wahlkampf unterstützt. Julian Engels von der aufgelösten „Kameradschaft Josef Terboven“ aus dem Ruhrgebiet fotografierte Gegendemonstranten. Siegfried Borchardt war mit nur wenigen Kameraden aus Dortmund angereist. Vertreter der NPD Steinfurt und Münster marschierten in Schwarz. „Kampf dem Kapital“ prangte auf dem leuchtend gelben Banner der NPD Hannover, die unter anderem von dem Neuvorständler Thomas Warnat angeführt wurde. Der häufige Heisenhof-Gast und NPD-Funktionär Horst Wagener aus dem Bereich Oldenburg marschierte hinten im Zug gemeinsam mit den wenigen Vertretern aus Bremerhaven und Bremen. Das norddeutsche Kameradschaftsspektrum hatte kaum namhafte Vertreter entsandt, Dieter Riefling aus Hildesheim trat als Sprecher der Freien Nationalisten auf.

Besonders gereizt zeigte sich der ehemalige Braunschweiger Waldorflehrer Andreas Molau,

der mit seinen beiden Kindern mitmarschierte. Gegendemonstranten, die immer wieder forderten „Lasst doch die Kinder zuhause!“, beschimpfte der jetzige NPD-Landtagsberater in Sachsen. Sohn und Tochter des rechten „Tarnkappenlehrers“ („Der Spiegel“), acht und elf Jahre alt, schleppten artig Deutschlandfahne und NPD-Schild und unterstützten den aufgebrachten Vater auch schon mal lauthals.

Vor dem Denkmal der berittenen Herzöge von Braunschweig musste der NPD-Zug eine längere Pause machen. Langjährige Kameradschaftsfunktionäre wie Jan-Steffen Holthusen aus Hamburg und Vertreter der ehemaligen „Kameradschaft Weserbergland“ tauschten sich aus. Der stellvertretende JN-Bundeschef Florian Cordes mied es auffällig, dem NPD-Landeschef Eigenfeld zu nahe zu kommen, Insider sagen den beiden einen heftigen internen Streit nach. Kleine Skinhead-Gruppen wie die „Snevern Jungs“, Hammerskins aus Schneverdingen oder „Gladiator“-Anhänger aus Tostedt mischten sich unter das NPD-Volk. Nur wenige Neonazis aus Braunschweig waren dabei, darunter einige Hooligans, Fans von „Eintracht Braunschweig“ und zwei gewichtige Skins mit schwarzen T-Shirts und „furchtlos und treu“-Aufschrift.

Insgesamt dauerte der Aufzug der Neonazis etwa sieben Stunden, immer wieder wurden sie von Gegendemonstranten aufgehalten. Dammann konnte seine Rede nur krächzen, ihm fehlte die Stimme. Neonazis vom Heisenhof hielten ihm das Manuskript, während er davon träumte „das Grundrecht auf Asyl“ abzuschaffen, „Sozialleistungen nur noch an Deutsche“ zu zahlen und eine Sondersteuer für „Unternehmen, die ohne Genehmigung des neuen Außenhandelsministeriums Produktionsstätten im Ausland errichten“ einzurichten. Dammanns Vision von einer neuen deutschen Regierung interessierte in der Hitze des Tages kaum einen der jüngeren Zuhörer. Auch Eigenfelds Rede vom „Europa, das sich wehren wird“, fand kaum Interesse. Erst der langjährige freie Aktivist Riefling fand den richtigen Ton und Gehör. Er erinnerte das „rote Braunschweig“ daran, wie bereits „vor über 70 Jahren deutsche Männer durch die Stadt marschiert“ seien.

Andrea Röpke

Prügel für Kameraden

Führender Thüringer Neonazi muss sich erneut wegen Körperverletzung verantworten.

Der bereits mehrfach wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte Patrick Wieschke, einer der führenden Thüringer Neonazis, ist in Untersuchungshaft genommen worden. Er wird erneut der gefährlichen Körperverletzung bezichtigt.

Der 24-Jährige ist Anführer der im Jahr 2000 gegründeten „Kameradschaft Eisenach“. Wieschke, „einer unserer aktivsten Kameraden“ (HNG-Nachrichten), soll ein Mitglied der „Kameradschaft“ verprügelt haben, weil sich dieses geweigert hatte, Flugblätter zu verteilen. Die „Kameradschaft Eisenach“ ist personell weitgehend identisch mit dem „Nationalen Widerstand Eisenach“ und dem „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen“. Eigenangaben zufolge ist Wieschke seit seinem 11. Lebensjahr in der „Bewegung“ aktiv.

Regionale Bekanntheit erzielte Wieschke erstmals als JN-Stützpunktleiter in Eisenach. Am 27. Mai 2000 nahm Wieschke mit seinen Männern am „Zweiten Tag des Nationalen Widerstands“, einer NPD/JN-Veranstaltung in Passau, teil. 2001 verkündete Wieschke in einem ZDF-Interview, dass er und seine Kameraden sich „in einem politischen Krieg mit der ... Bundesregierung hier in Deutschland befinden“ würden. Ebenso stehe ihm Osama bin Laden „mit seinem Freiheitskampf ... natürlich viel näher, als ein Imperialist und Kriegsverbrecher namens George Bush. ... Wir können schon sagen, dass wir uns in einem politischen Krieg mit den USA befinden.“

Am 29. Mai 2002 verurteilte das Landgericht Mühlhausen Wieschke, der zwischenzeitlich zum stellvertretenden JN-Landesvorsitzenden in Thüringen sowie NPD-Kreisvorsitzenden Erfurt-Gotha-Nordhausen aufgestiegen war, unter anderem wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und einer Sachbeschädigung in der Berufungsverhandlung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten. Wieschke hatte am 10. August 2001 in Eisenach das JN-Mitglied Danny Pfotenhauer angestiftet, einen Sprengsatz an dem türkischen Imbiss „Tekal-Döner“ explodieren zu lassen. Der selbstgebastelte Sprengsatz enthielt nach Ermittlungen des Landeskriminalamtes den Sprengstoff TNT.

Kurz vor der Gerichtsverhandlung hatte Wieschke, Interviewpartner der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“, in einer Pressemitteilung seinen Austritt aus der NPD und den JN erklärt. „Wirre Politikvorstellungen und innere Streitigkeiten“ würden „die Zusammenkünfte“ seines NPD-Kreisverbandes bestimmen, nannte Wieschke als einen seiner Gründe. Nach seinem Haftbeginn wurde Wieschke auf der HNG-Gefangenenliste geführt. Er bezeichnete sich selbst als „politischen Gefangenen“. In einem Beitrag in den „HNG-Nachrichten“ gab er zum Besten: „Jedem sollte klar sein, dass hinter dem ach so demokratischen System ein zweites, von der Masse des Volkes bisher unerkanntes System installiert wurde, welches um der eigenen Macht willen kein Recht anerkennt und mit allen fundamentalen Kritikern schonungslos umgeht.“ Die Arbeit der braunen Knasthilfsorganisation HNG lobte Wieschke in einem Haftinterview mit dem Skinblättchen „Ratatösk“ als „Gegenpol zu Umerziehungsmaßnahmen und Gesinnungsterror in BRD-Vollzugsanstalten“.

Ende Mai 2004 wurde Wieschke vorzeitig aus der Haft entlassen und trat sofort wieder in rechtsextremen Zusammenhängen in Erscheinung. Bei der Stadt Eisenach hat Wieschke für jeden Montag in der Zeit vom 8. November 2004 bis 26. Dezember dieses Jahres Demonstrationen gegen Hartz IV und die Agenda 2010 angekündigt.

Am 4. Dezember 2004 fand im thüringischen Sondershausen eine in Neonazi-Kreisen bundesweit beachtete Saalveranstaltung unter dem Motto „Eine Bewegung werden – Gemeinsam die Volksfront von Rechts schaffen“ statt. Organisator des Meetings war Wieschke. Einem Bericht des „Nationalen Widerstandes Jena“ zufolge fanden sich in Sondershausen 200 Rechtsextremisten „aus fast allen Teilen Deutschlands und nahezu allen Bereichen der nationalen Opposition“ ein. Als Referenten waren die frischgebackenen NPD-Mitglieder Thorsten Heise und Thomas Wulff, NPD-Bundesvize Holger Apfel und Peter Naumann vor Ort. Wieschke forderte in seiner Rede die Thüringer Neonazis zum Mitmachen bei der Umsetzung der „Volksfront“ auf.

Anton Maegerle

Grauzone**"Politisch eingeschüchtert"**

Der Verleger Ulrich Heerd wurde wegen Volksverhetzung zu 7200 Euro Geldstrafe verurteilt.

Ulrich Heerd, Betreiber des im oberbayerischen Peiting ansässigen Michaels Verlag, ist vor kurzem wegen Volksverhetzung in fünf Fällen zu 7200 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte er in den vergangenen Jahren insgesamt mehr als 70 Exemplare des Buchs „Die Akte Jan van Helsing“ geordert, das der braune Esoterik-Autor Jan Udo Holey (Pseudonym: Jan van Helsing) verfasste und das 1999 in dessen Ama Deus Verlag (Fichtenau) erschien.

„Die Akte Jan van Helsing“ steht zwar nicht auf dem Index. Doch es werden darin Auszüge aus Holey's 1996 vom Amtsgericht Mannheim beschlagnahmten Werken „Geheimgesellschaften“ und „Geheimgesellschaften 2“ zitiert. Heerd, ehemaliger Grünen-Kreisrat im Landkreis Weilheim-Schongau, hatte in den neunziger Jahren den Vertrieb der beiden Bücher, die antisemitische Verschwörungstheorien beinhalten und ein Verkaufsschlager waren, organisiert. Gegen den 47-Jährigen war damals wegen Volksverhetzung ermittelt worden, wobei ein Verfahren wegen Verjährung eingestellt wurde. In einem weiteren sei er freigesprochen worden, wie das „Weilheimer Tagblatt“ berichtet.

Heerd bestritt der Lokalzeitung zufolge jetzt vor Gericht, den Inhalt der „Akte Jan van Helsing“ gekannt zu haben. Sein Mandant sei kein Antisemit, beteuerte der Verteidiger und beklagte, dass Heerd von der Staatsanwaltschaft „politisch eingeschüchtert und kriminalisiert“ werde. Diese hatte in der Verhandlung vor dem Weilheimer Amtsgericht beantragt, den Verleger zu acht Monaten auf Bewährung zuzüglich einer Geldstrafe von 8000 Euro zu verurteilen.

Die Michaels Verlags- und Vertriebs GmbH bietet eine ganze Reihe an verschwörungstheoretischen Schriften feil, etwa „Die Macht I“ eines Jonathan May. „Wer Interesse hat, etwas über Machtkonzentration und Machtmissbrauch zu erfahren, etwas über die unselige Verbindung zwischen Logentum, Geheimdienste, Hochfinanz

und Politik, wird von diesem Buch begeistert sein“, wird das Werk angepriesen.

Auch „Die Macht II“ verspricht einen „Einblick hinter die Kulissen der Mächtigen“ und handelt Themen wie „Bewusstseinskontrolle“ sowie „geheime Strahlenwaffen“ ab. Ein Gastbeitrag stammt von Ulrich Heerd. Weiter wird Material über „Freie Energie“ und Werke wie „Die Realität der Flugscheiben. Ufos im 3. Reich?“ angeboten. Und neben allerhand esoterischem Allotria auch Schriften, in denen angezweifelt wird, dass die Amerikaner auf dem Mond waren.

Doch Heerd wirkt nicht nur als Verleger, er ist auch Herausgeber des Obskuranten-Magazins „Matrix 3000“, das seit 1999 den abseitigsten Themen und Autoren ein Forum bietet. In der Ausgabe Mai/Juni 2005 kann sich der geneigte Leser unter anderem über Zeitreisen („Montauk Projekt“) und den „Code der Weltgeschichte“ informieren. In den Buchbesprechungen stößt man auf das neueste Werk des Holey-Gesinnungsgenossen Jo Conrad. Es trägt den Titel „Wendungen“ und befasst sich – wer hätte das gedacht – mit den „Hintergründen des Weltgeschehens“. Derzeitiger Chefredakteur der Zeitschrift, die im Matrix3000 Verlag erscheint, ist Franz Bludorf. Für die Juli/August-Ausgabe wird ein 16-seitiges Special über „Geheimgesellschaften“ angekündigt. Neben „Familienaufsteller“ Bert Hellinger hat auch Holey bereits in „Matrix 3000“ publiziert.

Der Autor, der einst über „Illuminaten“ und die „Hohle Erde“ schrieb und Helmut Kohl eine jüdische Abstammung andichtete, hat derweil ein neues Buch verfasst: Es heißt „Wer hat Angst vor'm Schwarzen Mann?“. Darin geht es nach Verlagsangaben um den „Sensenmann“, dem Helsing nach Verlagsangaben höchstpersönlich begegnet ist und zwar kurz vor einem schweren Autounfall. „Fasziniert von der Erscheinung dieses Wesens, beeindruckt von dessen Präsenz und vor allem unheimlich neugierig geworden, versuchte Jan van Helsing über zwei Jahre hinweg mit diesem Wesen in direkte Verbindung zu treten, was schließlich im Dezember 2004 gelang.“ Was der Tod dem Konspirationstheoretiker wohl alles ins Ohr geflüstert hat?

Magnus Bosch

Vom SDS zur NPD

Bernd Rabehl befindet sich auf dem Weg zu Horst Mahler.

Als langgedienter Soziologieprofessor sollte er wissen, was eine self-fulfilling prophecy ist: Man gebe Interviews in „National-Zeitung“ (DVU) und „Deutscher Stimme“ (NPD), trete vor rechtsextremen Burschenschaften und zuletzt der NPD-Fraktion des sächsischen Landtags auf, riskiere damit die Lehrerlaubnis der Freien Universität Berlin (FU) – und nehme dies als weiteren Beweis für herrschenden Meinungsterror und Angriff auf die Gewissensfreiheit. Die Rede ist von Bernd Rabehl, einstmals prominenter Aktivist des SDS und der Außerparlamentarischen Opposition APO – die er zum Vorläufer einer „neuen sozialen Bewegung“ von rechts umdefiniert. Wäre Rudi Dutschke heute in der NPD aktiv? In Rabehls Gedankenwelt auf jeden Fall.

In der „Jungen Freiheit“ (JF) vom 20. Mai 2005 kann sich Rabehl auf einer ganzen Seite ausbreiten. Seine Angriffe gegen die regierende Koalition: Die Mehrheit der grünen Spitzenpolitiker habe eine antidemokratische und terroristische Vergangenheit. Als „letztes Gefecht“ spendiere die Regierung 160 Millionen Euro für einen „Kampf gegen Rechts“, der aber in Wirklichkeit andere Adressaten habe: Er diene der Gehirnwäsche in der Mitte der Gesellschaft, jeder unbotmäßige Gedanke solle hier ausgespäht werden. Dazu würden Wissenschaftler verpflichtet, die im Tausch gegen das entsprechende Forschungsgeld die erwünschten Ergebnisse zu liefern hätten.

Als Beleg nennt Bernd Rabehl die FU-Professoren Richard Stöss und Oskar Niedermayer (der im Artikel als Ludz Niedermeyer auftaucht). Diese „selbsternannten Faschismusforscher“ hätten entdeckt, dass sich der Rechtsradikalismus unter den Deutschen krebsartig ausbreite, und dies nicht etwa unter den üblichen verdächtigen Sympathisanten von NPD/DVU/REP, sondern bei den Parteigängern von SPD und PDS. – Was ist gemeint? Die Wissenschaftler haben mit Hilfe von FORSA-Umfragen in der Tat festgestellt, dass in Berlin und Brandenburg ein erhebliches rechtsextremes Meinungspotenzial besteht. Nur kann dieses Ergebnis nicht überraschen. Die Unterscheidung von rechtsextremen Einstellungen und Handlungen gehört zu den

Grundstandards der empirischen Sozialwissenschaft. Sie drückt aus, dass rechtsextreme Parteien derzeit nicht ausschöpfen können, was an undemokratischen und autoritären Meinungsbildern in der deutschen Bevölkerung besteht.

Diese Tatsache wird regelmäßig von Untersuchungen bestätigt. Der aktuelle Thüringen-Monitor, jährlich von Forschern der Universität Jena im Auftrag der thüringischen Staatskanzlei erstellt, ergab eine Zustimmungsquote von 63 Prozent für die Aussage: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Das Statement: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“, kam immerhin auf 18 Prozent. Dabei belegt der Thüringen-Monitor einen hohen Zusammenhang von Politikverdrossenheit, positivem DDR-Bild und rechtsautoritären Überzeugungen. Und eine soeben vorgestellte Untersuchung von Richard Stöss, Bodo Zeuner und anderen zeigt, dass unter Gewerkschaftsfunktionären der mittleren Ebene die Rechtslastigkeit deutlich stärker ist als unter unorganisierten Arbeitnehmern, die ihnen bei Einkommen und Bildungsgrad sonst gleichen.

Bernd Rabehl hält es ohnehin mit Verschwörungstheorien: Letztlich seien die Grünen nur in das Parlament geführt worden, „um die Linkskräfte der Republik entscheidend zu schwächen oder gar zu liquidieren“. Schon früher orakelte er in der „Konservativen Deutschen Zeitung“: „Es fragt sich nur, welchen Herrn dienen sie, tatsächlich den ‘Organen’ des Staates oder anderen Mächten?“ Als Drahtzieher wird die CIA entdeckt, und damit schließt sich der Kreis: Die vom SDS angeführten Vietnam-Proteste der 60er Jahre hätten den von den USA erwünschten Einsatz deutscher Soldaten in Fernost verhindert. Heute könne, nach der endgültigen Infiltrierung und Umerziehung der Eliten, „deutsches Kanonenfutter“ rund um den Globus eingesetzt werden.

Seit dem politischen Irrweg Horst Mahlers kommt allerdings keine rechte Überraschung auf. In der Berliner Tageszeitung „taz“ hieß es kürzlich, Rabehl „ist auf dem Weg dorthin, wo Horst Mahler schon ist“.

Michael Pechel

Der Nährboden

Baden-württembergischer Verfassungsschützer plädiert für Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Positionen der „Jungen Freiheit“.

In der „Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht“ (Heft 7/2004) kritisierte Dietrich Murswiek von der Universität Freiburg die Verfassungsschutzbehörden: „Indem die Verfassungsschutzberichte auch solche Organisationen als extremistisch brandmarken, die einer extremistischen Zielsetzung lediglich verdächtigt werden, gehen sie über das hinaus, was Gesetz und Verfassung erlauben. Sie gefährden die Demokratie“, so Murswiek, ehemals Mitglied der NPD-Studierendenorganisation NHB. Exemplarisch nannte Murswiek dabei die im Visier mehrerer Ämter stehende Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

In der aktuellen Ausgabe der „Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht“ (Heft 6/2005) nimmt nun Hans-Jürgen Doll, Vizepräsident und Leiter der Abteilung Rechts- und Linksextremismus des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zu Murswicks Ausführungen Stellung. Er konstatiert, dass Murswiek „... die Funktion des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem und Ausdruck der wehrhaften Demokratie“ verkenne. Doll erklärt, dass zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes „auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit“ gehöre. Zur Selbstverteidigung der freiheitlichen Demokratie, betont Doll, „gehört die kritische öffentliche Auseinandersetzung, die verhindern soll, dass verfassungsfeindliche Bestrebungen eine Macht erlangen, die zu einer ernststen Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung wird.“ Im Übrigen, so Doll, sei die „Junge Freiheit“ ein „gutes Beispiel für die Notwendigkeit einer geistig-politischen Auseinandersetzung mit den rechtsextremistischen Positionen dieser Wochenzeitung, die konstant von Beiträgen durchsetzt ist, die mit grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht in Einklang stehen.“ Die „Junge Freiheit“, bilanziert der Verfassungsschützer, „trägt zudem geschickt und bewusst zur Erosion der Abgrenzung zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus bei und bereitet so den Nährboden für rechtsextremistisches Gedankengut.“

Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Zulauf für Militante

Mehr Neonazis und Skinheads im Südwesten

Dem aktuellen Verfassungsschutzbericht zufolge sind die rechtsextrem motivierten Straftaten in Baden-Württemberg 2004 auf 914 (2003: 898) angestiegen, darunter 67 (57) Gewalttaten. Das rechtsextreme Potenzial ist mit 40 700 (2003: 41 500) Personen leicht rückläufig. Deutlich zugelegt hat allerdings das Spektrum der militanten Rechtsextremisten auf 1000, davon 960 Skinheads (plus 130). Die Zahl der Neonazis erhöhte sich von 290 auf 300. Bei der Landes-NPD blieb der Mitgliederstand mit 380 unverändert. Der Bericht konstatiert eine sich auch in „personeller Verzahnung ausdrückende Annäherung von NPD und Neonaziszene“. Dieser Trend dürfte sich unter dem neuen NPD-Landeschef Günter Deckert fortsetzen. Die Wahlabsprachen zwischen NPD und DVU sprechen nach Ansicht der Verfassungsschützer für eine verstärkte Kooperation und Bündelung der Kräfte im rechtsextremen Lager. Mit 1000 Mitgliedern ist die DVU nach wie vor stärkste Partei, sie ging allerdings 100 Anhänger verlustig. Weiterhin im Abwärtstrend in ihrer früheren Hochburg befinden sich mit noch 950 Mitstreitern (minus 50) die Republikaner. Einzig die zersplitterte Deutsche Partei konnte ihre Personenzahl um zehn erhöhen.

In Rheinland-Pfalz hielten DVU und REP ihren Mitgliederstand von 550 beziehungsweise 600. Der NPD werden dem aktuellen Bericht zufolge unter 200 Parteigänger zugerechnet. Zulauf hat das Neonazi-Spektrum mit etwa 75 (plus 25) Anhängern. Das gewaltbereite Potenzial wird nach wie vor mit 100 Aktivisten, die Skinheads mit 400 beziffert. Die Verfassungsschützer konstatieren die „Gefahr, dass sich rechtsterroristische Bestrebungen entwickeln“. Vor wenigen Wochen fanden Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Kameradschaft Westerwald statt, 15 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Sie sollen bei einem Konzert Ende Januar gewaltsam gegen Linke vorgegangen sein. Unverändert mit 271 (274) ist die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten, darunter 20 Körperverletzungen.

G.N.

Anhaltende Bedrohung

Neonazis dominieren die Szene in Mecklenburg-Vorpommern.

Trotz des deutlichen Rückgangs des rechtsextremen Potenzials von 1340 auf 1200 Aktivisten sprach Mecklenburg-Vorpommerns (MVP) Innenminister Gottfried Timm von einer „anhaltenden Bedrohung für unsere Demokratie“ durch diesen Personenkreis. Dieser besteht aus einem harten Kern von rund 700 (2003: 800) rechtsextremen Skinheads und sonstigen Gewaltbereiten sowie 320 Neonazis (2003: 290). Die NPD hat nur noch 100 (2003: 150) Mitglieder, die DVU zählt weniger als 50 (2003: 50) und die Republikaner haben 20 (2003: 50) Parteigänger.

Den schrumpfenden Mitgliederzahlen zum Trotz hätten die Wahlerfolge der NPD der rechtsextremen Szene 2004 einen bundesweiten Mobilisierungsschub beschert, der auch in MVP zu spüren gewesen sei, sagte Innenminister Timm: „Die NPD greift Themen wie Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf und missbraucht diese für ihre Propagandazwecke.“ Das macht die Partei zunehmend für führende Neonazis wie den in Amholz wohnenden Thomas Wulff attraktiv, der ihr im vergangenen Jahr beitrug.

Der Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ist vor allem durch die neonazistische Kameradschaftsszene geprägt, die meist regional begrenzt agiert. Schwerpunkte dieser „Personenzusammenschlüsse“ sind unter anderem Rostock, Bad Doberan, Stralsund und Ueckermünde. Im Beobachtungszeitraum waren acht dieser Gruppierungen mit bis zu 20 Personen aktiv. Ihre Namen sind Programm: „Pommersche Aktionsfront“, „National-Germanische Bruderschaft“, „Mecklenburger Aktionsfront“. Zur Kommunikation und Propaganda wird zunehmend das Internet als „ideologische Plattform“ genutzt, so der Verfassungsschutz.

Dass die rechte Propaganda wirkt, zeigt die nahezu gleich gebliebene Zahl der Straftaten (264; 2003: 274), die aus diesem Dunstkreis heraus begangen wurden. Außerdem wurden von Rechtsextremisten 17 (2003: 25) antisemitische Straf- und 21 (2003: 32) Gewalttaten verübt.

Volker Stahl

Ausland

Ideologischer Kopf

Spanischer Rechtsextremist arbeitet an der internationalen Vernetzung der Szene.

Einer der ideologischen Ideengeber der extremen Rechten in Spanien ist Pedro Varela, Mitbegründer und langjähriger Präsident der Organisation CEDADE. Fast drei Jahrzehnte lang stellte sie eine Austauschplattform für nationale und internationale Neonazis dar, organisierte den Versand neonazistischer Literatur und mobilisierte für Veranstaltungen. Die Kanäle blieben auch nach der Schließung der CEDADE 1993 intakt. Varela, der in Barcelona die Buchhandlung Europa und die Druckerei Nothung betreibt, fungiert weiterhin als Kontaktperson für ausländische Neonazikader (bnr 21/02). Eine Verurteilung wegen Holocaust-Leugnung und Verstoß gegen die Antirassismus-Gesetze 1998 und ein anhängiges Revisionsverfahren zwangen den Hitler-Bewunderer für einige Zeit zur Zurückhaltung. Bei einer Durchsuchung von Varelas Buchhandlung beschlagnahmten die Behörden unter anderem mehr als 2000 Publikationen.

Varelas politischen Aktivitäten zur Errichtung eines „Europas der weißen Rasse“ taten die Ereignisse keinen Abbruch. Im Dezember 2004 trat er als Ausrichter einer Konferenz der „Asociacion Cultural Rey Sisebuto“, einer der inoffiziellen CEDADE-Nachfolgeorganisationen, in Madrid auf. Gemeinsam mit dem in Spanien lebenden österreichischen Holocaust-Leugner Gerd Honsik und dem Norweger Erik Norling organisiert der Revisionist Protestaktionen zur Unterstützung des in Deutschland inhaftierten Ernst Zündel und arbeitet weiter an der Vernetzung internationaler Neonazis. So kam denn auch der Besuch des US-amerikanischen Rechtsextremisten David Duke bei Varela im März nicht von ungefähr. Dieser stellt ebenso wie Don Blacks „(Stormfront“) spanischen Rechtsextremisten kostenfrei Raum auf seinem Webserver zur Verfügung. Im Gegenzug vertreibt Varela über seine Buchhandlung Dukes antisemitische Publikationen. Ende Mai nahm Varela an einer von Duke organisierten rechtsextremen Konferenz in New Orleans teil.

Michael Funk

"Normalisierung"

Die regierende bürgerliche Rechte in Frankreich scheint verstärkt auf die Wähler des Front National abzu zielen.

Das hatte es seit zwölf Jahren nicht gegeben: Am 27. Juni wurden zwei führende Vertreter des rechtsextremen Front National (FN) im Hôtel Matignon, dem Amtssitz des französischen Premierministers, zu einer Anhörung empfangen. Es handelte sich um den Generalsekretär des FN, Carl Lang, und um den Europaparlamentarier Jean-Claude Martinez – der langjährige Parteichef Jean-Marie Le Pen weilte unterdessen auf Reisen in Russland.

Alle größeren politischen Parteien waren eingeladen worden, um nacheinander mit dem Premier über die Auswertung des Referendums von Ende Mai zu debattieren. Dennoch erregte es Aufsehen, dass auch die Rechtsextremen, die aufgrund des Mehrheitswahlrechts nicht im Parlament vertreten sind, dabei waren. Die sozialdemokratische Parteiführung unter François Hollande blieb aus Protest dagegen den Anhörungen fern. Der Front National forderte bei dem Empfang vor allem den Ausschluss der Türkei von der zukünftigen EU-Erweiterung.

Zum letzten Mal war der Front National 1993 vom damaligen Premier Edouard Balladur eingeladen worden. Dessen Regierung war um „Normalisierung“ der extremen Rechten bestrebt, um allmählich ihre Wähler aufsaugen zu können. Die Mehrheit der bürgerlichen Rechten unter Jacques Chirac, dem seinerzeitigen großen Rivalen Balladurs, lehnte damals dagegen Gespräche mit der extremen Rechten ab. Aber derzeit scheinen die Ambitionen, sich dezidiert an die rechtsextremen Wähler zu wenden, zuzunehmen. Vor allem der ehemalige Balladur-Anhänger und jetzige Innenminister Nicolas Sarkozy, dem Ambitionen auf eine Konkurrenzkandidatur gegen Amtsinhaber Jacques Chirac bei der nächsten Wahl 2007 nachgesagt werden, erklärt entsprechende Absichten frei heraus. Laut Umfragen sympathisieren rund 75 Prozent der FN-Wähler mit seinen strammen Erklärungen zur Sicherheitspolitik. Am 30. Juni erklärte Sarkozy: „Ich ziele nicht auf die Wählerschaft des Front National ab, ich habe sie bereits.“

In Frankreich gibt es keine Landeslisten wie in der Bundesrepublik, auf denen ein Nachrücker ins Parlament eintritt, sobald ein Mandatsträger aus Krankheits- oder anderen Gründen seinen Sessel räumt. Deswegen wird an fast jedem Wochenende in einzelnen Wahlkreisen neu gewählt, um frei gewordene Sitze in Bezirks-, Regional- oder nationalem Parlament zu besetzen. Diese „Teilwahlen“ dienen als wichtiges politisches Stimmungsbarmeter. In mehreren Wahlkreisen wie in Nizza-7 (mit 10,2 Prozent gegenüber 22,9 im vorigen Jahr) oder im burgundischen Saint-Florentin (4,4 gegenüber 22 Prozent) hat der FN seit Jahresbeginn allerdings oft deutlich an Boden verloren.

Dieser Trend hat sich auch seit dem Referendum vom 29. Mai nicht umgekehrt, obwohl der Front National sich den Abstimmungssieg der Gegner des EU-Verfassungsvertrags gern selbst zuschreiben würde. Die Mehrzahl der „Nein“-Stimmen kam freilich aus dem linken und gewerkschaftlichen Lager. Während der Abstimmungskampagne hatte der FN im allgemeinen nur schwach Präsenz gezeigt. Als einer der Gründe wird hierfür vermutet, dass der FN aufgrund eines längeren Krankenhausaufenthalts Le Pens zu Jahresbeginn und wegen der ungelösten Frage seiner Nachfolge nur wenig handlungsfähig sei.

In den Wochen nach dem Referendum hat der FN dann aber versucht, seine Anhänger zu remobilisieren. Während er sich insgesamt landesweit nach wie vor nur wenig präsentierte, konzentrierte er sich mit einer Plakatkampagne auf ausgesuchte Gebiete, etwa Zonen mit hohem Arbeiteranteil in Pariser Trabantenstädten wie Ivry-sur-Seine. Dort forderte er verbalradikal: „Das Volk hat gesprochen: Chirac muss zurücktreten!“, auf die Abstimmungsniederlage des Präsidenten anspielend.

Die strukturelle Krise des FN, die aus der Unfähigkeit des alternden Chefs Jean Marie Le Pen zur Machtteilung resultiert, ist nicht überwunden. Aber die Gefahr besteht, dass die taktisch motivierte Aufwertung des FN in Verbindung mit einer beginnenden Remobilisierung seiner Anhängerschaft die Partei im öffentlichen Leben hält.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen**Abwesend oder untätig**

Broschüre entlarvt "Parlamentsarbeit" der DVU

„Die Strategie des Verschweigens gegenüber der DVU ist nicht aufgegangen und falsch.“ Zu dieser Erkenntnis ist die CDU-Stadtverordnetenfraktion in Bremerhaven gelangt. Sie geht nun mit einer Broschüre unter dem Titel „18 Jahre sind zu viel !!!“ in die Offensive. Das Vorwort schrieb der bremische Innensenator Thomas Röwekamp (CDU): „Weder das Stillschweigen in den Medien noch das Nichtbeachten durch die anderen Parteien und leider auch nicht die offenkundige Unfähigkeit und Faulheit der Mitglieder in der Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft haben dazu geführt, dass die Wähler es sich bei der nächsten Wahl anders überlegen würden.“

Seit September 1987 ist die rechtsextreme DVU in der Stadtverordnetenversammlung des rund 120 000 Einwohner zählenden Bremerhaven vertreten. 2003 steigerte sie ihren Stimmenanteil von 5,19 auf 8,08 Prozent. Seitdem stellt sie vier Abgeordnete.

In ihrer 38-seitigen Broschüre führt die CDU jeden der 33 DVU-Anträge in der Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1999 bis 2003 auf und analysiert ihn. Der christdemokratischen Analyse zufolge nutzt die DVU die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gerne als Podium für populistische Anträge, bei denen das entscheidende Element das möglichst häufige Erwähnen des Namens „DVU“ ist. Die Rechtsextremisten versuchten, sich an Bürgerproteste anzuhängen: „Die DVU ist nicht in der Lage, Vorreiter einer politischen Aktion zu werden. Sie kann bestenfalls reagieren, ohne eigene Alternativen aufzuzeigen.“ Bei einer Reihe der DVU-Anträge sei ein Mangel an Sach- und Fachkenntnissen nachweisbar, wird in der Dokumentation festgestellt.

Als weiteren Beleg für die „unaufrichtige Parlamentsarbeit“ der DVU betrachtet die CDU das Stellen von Anträgen mit Themen, die in den Ausschüssen bereits behandelt wurden. Weil solche Anträge dann überflüssig sind und nach parlamentarischer Gepflogenheit abgelehnt werden, kann die DVU letztlich frohlocken. Gerne verteilt

sie die gescheiterten Anträge mit dem Zusatz „Von den anderen Fraktionen abgelehnt“ als Flugblatt bei den Betroffenen. Folglich gehe es der DVU bei solchen Debatten nicht um eine politische Diskussion, sondern um die Ablehnung ihrer Anträge. Hier zeige sich ein großes Gefahrenpotenzial, meint die CDU: „Wenn Betroffene sich nicht über die parlamentarische Arbeit informieren, müssen sie den Eindruck gewinnen, dass die DVU ihr Interessenvertreter ist.“ Geradezu perfide war ein DVU-Antrag, nach dem Unfalltod der Sozialsenatorin Hilde Adolf eine Straße nach ihr zu benennen. Die Bremerhavener SPD-Politikerin war eine erklärte DVU-Gegnerin; die rechtsextreme Partei hatte ihr zu Lebzeiten unter anderem eine „Verharmlosung von Asylbetrug und Ausländerkriminalität“ vorgeworfen, die „an Unverantwortlichkeit und Schamlosigkeit nicht mehr zu überbieten“ sei.

Die Bremerhavener CDU brandmarkt: Dort wo die eigentliche parlamentarische Arbeit geleistet wird – nämlich in den Ausschüssen – „glänzen“ die DVU-Abgeordneten entweder mit Abwesenheit oder Untätigkeit. Nur selten werden hier Anträge gestellt oder Redebeiträge gehalten. Die einzigen DVU-Anträge, die in den Ausschüssen behandelt wurden, waren jene aus der Stadtverordnetenversammlung überwiesenen. Die Schlussfolgerung der CDU: „Diese Tatsache lässt nur den Schluss zu, dass die DVU politisch nicht arbeitet, sich aber aus ihren Auftritten in der Stadtverordnetenversammlung eine öffentliche Wirkung verspricht.“

Tragende Säule der Bremerhavener DVU-Aktivitäten ist Siegfried Tittmann. Aufgrund einer Besonderheit im Wahlrecht sitzt der DVU-Chef in der Stadtverordnetenversammlung seit 1999 auch in der Bremischen Bürgerschaft. Dort fällt der 51-Jährige mit einer „eindeutig von Hass geprägten Diktion“ (so Thomas Kollande 2002 in einer Publikation der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft) auf. Kollande rekapituliert in Bezug auf Tittmanns Reden im Parlament: Sie seien „gekennzeichnet von der Ablehnung der Gleichheit aller Menschen und der Menschen- und Freiheitsrechte, des Demokratieprinzips, der Gewaltenteilung, der Oppositions- und Minderheitenrechte sowie des Pluralismus und der Parteienkonkurrenz.“

Thomas Klaus

Rezension

Orte des NS-Terrors

Ein Standardwerk über die Geschichte aller Konzentrationslager.

Auf den ersten Blick verwirrt der Obertitel. Hatten die Nazis nur einen „Ort des Terrors“? Das können doch so erfahrene NS-Experten wie der Chef des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, und die langjährige Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, nicht ernsthaft behaupten. Man muss sich schon die Mühe machen, das Vorwort von Benz zu lesen, um zu begreifen, dass der Titel durchaus ins Schwarze trifft. Es geht – der Untertitel sagt es – um die Geschichte aller NS-Konzentrationslager.

In den 23 Kapiteln dieses ersten Bandes werden – um einige Beispiele zu nennen – die „Entwicklung des KZ Systems“, die „Häftlingsgesellschaft“, die „Bewachung“, „Frauen in NS-Konzentrationslagern“ und zwar Opfer und Täterinnen, „Kunst im KZ“ und anderes mehr vorgestellt. Na gut, wird man vielleicht denken, das gibt es alles schon. Gewiss, aber verstreut in vielen Bänden und nicht so konzentriert und systematisch wie in dieser Sammlung.

Wolfgang Benz stellt im Vorwort das ganze Projekt vor. Sieben Bände sollen es werden, wobei Benz nicht schreibt, wann der letzte Band erscheinen soll. Das ist bei einem solchen Standardwerk auch ratsam, schon wegen der Schwierigkeiten, die fast immer bei einem Projekt dieses Ausmaßes zu erwarten sind. Da kann es immer zu Verzögerungen kommen. Geplant sind nämlich die Geschichten aller 24 Hauptlager mit all ihren Nebenlagern von Dachau über Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen, Hinzert, Ravensbrück, Auschwitz, Neuengamme, Stutthof, Groß-Rosen, Natzweiler, Wewelsburg, Majdanek, Arbeitsdorf (VW), Herzogenbusch/Vught, Bergen-Belsen, Dora Mittelbau, Riga, Warschau, Kaunas Veivara, Plaszow, Klooga sowie die Vernichtungslager Chelmno, Belzec, Treblinka und Sobibor. Im siebenten und letzten Band folgen dann noch Speziallager. Ein gewaltiges Vorhaben. Distel und Benz ist es aber zuzutrauen, damit fertig zu werden.

Was da im Einzelnen zu erwarten ist, hat Susanne Willems kürzlich im Zusammenhang mit Breloers hervorragendem Dreiteiler „Speer und Er“ gezeigt. Willems hat die Kapitel „Auschwitz“ erforscht und geschrieben. Dabei hat sie herausgefunden, dass Speer durchaus wusste, wozu Auschwitz gebaut worden ist. Speer ist zwar wahrscheinlich nie im Stammlager gewesen, aber er hat sich von seinen Mitarbeitern genauestens berichten lassen, warum die Lagerleitung ungeheure Mengen an Baumaterial in Zeiten allgemeiner Mangelwirtschaft brauchte: unter anderem für den Bau von Krematorien und anderer Bestandteile der Vernichtung von Menschen. Willems hat damit entscheidend zur Entlarvung Speers beigetragen. Er war kein Verführter, sondern ein Täter. Wäre das schon 1945/46 während des Nürnberger Prozesses bekannt gewesen, hätte das Urteil möglicherweise nicht auf 20 Jahre Gefängnis gelaute, sondern Tod durch den Strang.

Es handelt sich bei dem Projekt von Distel und Benz also nicht nur um eine Sammlung dessen, was weit verstreut schon publiziert ist. Es werden auch neue Forschungsergebnisse vorgestellt. Dabei ist selbstverständlich nicht auszuschließen, dass nach Abschluss der Reihe weitere Erkenntnisse zu Tage kommen. Das Risiko geht jeder Publizist ein.

In den folgenden sechs Bänden sollte freilich darauf geachtet werden, dass keine beschwichtigenden NS-Vokabeln benutzt werden. Weder bei dem Überfall auf Polen 1939 noch bei der Invasion der UdSSR handelte es sich um „Feldzüge“, wie die NS-Propaganda zu behaupten beliebte, um alles zu verharmlosen. Es waren blutige, brutale, niederträchtige Vernichtungskriege ohne Vorbild, wie Hitler intern mehrfach betonte.

Dank gebührt nicht nur den Herausgebern, sondern auch dem C. H. Beck Verlag. Ein finanziell profitables Geschäft macht der Verlag damit kaum. Vergleichbares findet man bei Verlagen heute eher selten. Respekt und gutes Gelingen!

Heiner Lichtenstein

Wolfgang Benz/Barbara Distel: Titel: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band I. Die Organisation des Terrors. C.H. Beck, München, 2005, 394 S., 49,90 EUR.

Meldungen**„Interne Machtkämpfe“**

Hamburg – Als Konkurrenzveranstaltung zum „Rock für Deutschland“ in Gera planen Neonazis am 9. Juli in Norddeutschland ein Konzert unter dem Motto „Rock gegen Repressionen“. Neben der Senftenberger Band „Confident of Victory“, „Selbststeller“ aus Riesa, „Terroritorium“ aus Hannover und „Armco“ aus Italien, soll die Berliner Band „Spreegeschwader“ spielen. Die Bandmitglieder um Alexander Gast engagierten sich in letzter Zeit verstärkt für die NPD, darum stößt deren Teilnahme auf Verwunderung. Denn mit dem rechtsextremen Konzert in der Geraer Innenstadt am 9. Juli soll auch der NPD-Bundestagswahlkampf 2005 eingeläutet werden. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt hält den Eröffnungsvortrag und es wird dafür aufwändig mobilisiert. In den einschlägigen Internetforen fragen Neonazis bereits, ob diese Terminüberschneidung auf „interne Machtkämpfe“ hindeuten würde, so gebe es doch extra „Koordinationstreffen“. Insider vermuten, dass die Konzertinitiative auf das Umfeld der Hamburger Freien Nationalisten Christian Worch und Thorben Klebe zurückgeht. Das „Rock gegen Repressionen“-Konzert soll bereits „bei den zuständigen Behörden“ angemeldet worden sein, schreiben die Organisatoren und fügen hinzu, diese Bemühung sei „im Norden ja schon des Öfteren von Erfolg gekrönt“ worden. Am selben Tag findet in Schwerin auch eine Neonazi-Demonstration statt. (ar)

Neuer NPD-Landeschef im Saarland

Saarbrücken - Peter Marx, Multifunktionär der NPD, hat auf sein Amt als Landesvorsitzender im Saarland verzichtet. Marx ist Geschäftsführer der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, stellvertretender Bundesvorsitzender und Leiter des Amtes Europaangelegenheiten, Bundeswahlkampfleiter, Mitglied im Bezirksrat Saarbrücken-Halberg, Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz – und war es bisher auch im Saarland. Wegen der Fülle seiner Ämter und Aufgaben – auch bei der Oberbürgermeisterwahl in Leipzig trat er als Kandidat an – zog er sich auch in der Szene schon Kritik zu. Als sein Nachfolger als NPD-Landeschef an der Saar wurde bei einem Landesparteitag der NPD

am ersten Juli-Wochenende in Saarbrücken sein bisheriger Stellvertreter Frank Franz (26) gewählt. (ts)

Deutsche Partei unterstützt NPD

Dresden – Nachdem sich im in der extrem rechten Deutschen Partei (DP) der NPD-freundliche Flügel gegen den früheren Parteivorsitzenden Heiner Kappel durchgesetzt hat, wird die DP mit – wenn auch aussichtslosen – Listenplätzen der NPD bedacht. Beim Landesparteitag der sächsischen NPD in Gröna wurde Boris Peters als Vertreter der DP auf Platz 11 der Landesliste gewählt. Aus der Sicht des neuen DP-Vorsitzenden Ulrich Pätzold, der sich im parteiinternen Machtkampf mit Heiner Kappel durchgesetzt hatte, offenbar ein ausreichendes Zugeständnis des neuen Bündnispartners NPD: Pätzold bekräftigte jedenfalls bei dem Parteitag den Willen zu einer „Zusammenarbeit“ zwischen der ein paar hundert Mitglieder zählenden DP und der NPD. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöff

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de